

Zwischen Inflation, Staatsbankrott und Sozialisierung: Schumpeter im Malstrom der Wirtschaftspolitik der Republik Deutsch-Österreich

Referat beim Symposium „Joseph Schumpeter heute“, 14. Oktober 2016

Günther Chaloupek

Wichtigste politische Daten 1918 bis 1920

12.11. 1918 Republik Deutschösterreich, Staatskanzler Renner, Finanzminister Steinwender (Parlamentsbeamter, deutschnational)

Schon vorher (6.11.) Verstaatlichung der Arbeitslosenversicherung, Ausdehnung auf alle Industriebeschäftigten

Jänner/Februar 1919 Währungstrennung der Nachfolgestaaten: zuerst Jugoslawien,

25.2. 1919 Ankündigung der Abstempelung der Kronennoten in der Tschechoslowakei, 27.2. in Österreich

16.2. 1919 Allg. Wahlen

1.3. 1919 Konferenz der Arbeiterräte

15.3. 1919 zweite Regierung Renner, Schumpeter Finanzminister (zuvor Mitte Jänner bis Mitte Februar Mitglied der deutschen Sozialisierungskommission)

17.4. 1919 Kommunistischer Putschversuch

12.5. 1919 Abreise der österreichischen Delegation unter Leitung des Staatskanzlers zu den Friedensverhandlungen nach Paris

15.5. 1919 Beschluss des Betriebsrätegesetzes

30.5. 1919 „Enteignungsgesetz“ als reines Verfahrensgesetz beschlossen

2.6.1919 Übergabe der (vorl.) Friedensbedingungen in St. Germain

26.6. 1919 Rücktritt Bauers als Außenminister, bleibt als Vorsitzender der Sozialisierungskommission Regierungsmitglied

20.7.1919 Übergabe der definitiven Friedensbedingungen

29.7. 1919 Gesetz über die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Anstalten

10.9. 1919 Unterzeichnung des Vertrags von Saint Germain durch Staatskanzler Renner

1.10.1919 Behandlung von Schumpeters Finanzplan in Regierungssitzung

19.10. 1919 Rücktritt Schumpeters als Finanzminister

10.6.1920 Rücktritt der sozialdem. Staatssekretäre

7.7. 1920 neue Proporzregierung unter Führung von Staatskanzler Michael Mayr

20.9.1920 Einbringung Bundesverfassung im NR

1.10.1920 Beschluss der BV

17.10. 1920 Wahlen zum NR

22.10. 1920 Ende der Koalition

Deutschland

Jänner 1919 Spartakusaufstand in Berlin

6./7.April Räteregierung in Bayern (niedergeworfen im Mai)

28.6. 1919 Unterzeichnung des Versailler Vertrages

Ungarn

21.3. 1919 Räteregierung Béla Kuhn bis Ende Juli

Schumpeters finanzpolitisches Konzept der Stabilisierung der Wirtschaft

In seiner Schrift *Die Krise des Steuerstaates* (1918), die noch unter der Annahme des Weiterbestandes der Monarchie nach einem tragbaren Friedensschluss geschrieben wurde, argumentierte Schumpeter zunächst gegen diejenigen Meinungen, welche eine Bewältigung der Finanzlage für aussichtslos und diese nur mit einem anderen Wirtschaftssystem („Sozialismus“ in verschiedenen Varianten) für möglich hielten: Goldscheids „Staatssozialismus“ oder später Gustav Stolpers „Gildensozialismus“¹. Die Belastungen seien – wenn auch unter größten politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen – verkraftbar im System des Steuerstaates, den Goldscheid durch den Eigentümerstaat ersetzen wollte.

Für die die Deckung der Kriegskosten gab es nach Schu im gegebenen System zwei Wege: fortgesetzte Inflation oder die **simultane Wiederherstellung der Ordnung der Staatsfinanzen und der Währung**. (S. 42) Schlüssel für beides ist die einmalige Vermögensabgabe, „die hoch genug wäre, um den Staat in den Stand zu setzen nicht nur die Bankschuld und die Kontokorrentverpflichtungen (bei der Notenbank, G. Ch.), sondern auch noch einen merklichen Teil der Kriegsanleiheschuld zu tilgen.“ (S. 42) Die Tilgung der Notenbankschuld führt zu einer drastischen Reduktion der Geldmenge und zu einem „scharfen Sinken des Preisniveaus“, gleichbedeutend mit einer Kaufkraftherhöhung des Geldes, die bei den Vermögensbesitzern gleich wieder zunichte gemacht wird durch die Vermögensabgabe. Diese soll weniger das Sachvermögen treffen als das durch die Kriegsinflation erhöhte Geldvermögen.

Durch diese scharfsichtige Analyse des Stabilisierungsproblems (man vergleiche die Konfusion in Deutschland, verursacht hauptsächlich durch die unselige Knapp'sche Geldtheorie) hatte sich Schumpeter fachlich bestens als Finanzminister empfohlen, wobei er aber die Möglichkeiten eines Weiterbestandes der Habsburgermonarchie als Staatsverband, oder später in Surrogatform als föderativen Wirtschaftsverband, immer überschätzte². An der grundsätzlichen Konzeption der simultanen Stabilisierung aus eigener Kraft hielt Schumpeter

¹ Eine verwässerte Version eines Systems der „Neuen Wirtschaft“ nach dem Modell Rathenaus mit permanenter Staatskontrolle über wichtige Sektoren, des Außenhandels, etc. entwickelte Karl Pribram in einer in derselben Reihe wie Schumpeters *Krise des Steuerstaates* erschienenen Broschüre (1918). Bemerkenswert ist, dass sowohl Gustav Stolper als auch Pribram diese Schriften soweit wie möglich verleugneten und unterdrückten. Stolpers Buch *Deutschösterreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem* wird weder in Toni Stolpers Biographie noch in Wolfgang Stolpers Schumpeter-Buch erwähnt, Pribrams Schrift in dessen postumer *History of Economic Reasoning* bzw. der dort enthaltenen umfassenden Bibliographie seiner Schriften nicht angeführt.

² Pribram (1918) war hier deutlich realistischer in Bezug auf die separatistischen Tendenzen der einzelnen Kronländer.

als Finanzminister konsequent fest, auch wenn die Bedingungen dafür immer ungünstiger wurden. In der Literatur ist bisher allerdings kaum beachtet worden, dass Schumpeter in einem wichtigen Punkt sein Konzept änderte, nämlich in der Frage, wie die Überbürdung der Kriegsschuldlasten an die neue auf Kriegsanleihebesitz beruhende Rentierschicht erfolgen sollte. Schon bei der Amtsübernahme dürfte Schumpeter klar geworden sein, dass die Entlastung des Staates von der Kriegsschuld bei gleichzeitiger Belastung der Rentiers überwiegend durch die Inflation bewerkstelligt wird. Er ging zwar im Oktober 1919 immer noch davon aus, dass sich bei Durchführung seines Finanzplanes „der Kurs unserer Valuta stark erholen wird“ (Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, S. 337). Bei einem Stand der Krone bei 6 Cent im Okt. 1919 bedeutete dies aber etwas ganz anderes als bei einem Stand von 42 Cent ein Jahr zuvor. Im Sommer 1918 war Schumpeter noch davon ausgegangen, dass die Stabilisierung von Staatsfinanzen und Währung die Kreditfähigkeit der privaten Wirtschaft dem Ausland gegenüber wiederherstellen könnte. Im Finanzplan 1919 war die Vermögensabgabe das Instrument, um dem Staat die Budgetsanierung und damit die Valutastabilisierung überhaupt zu ermöglichen durch eine Auslandsanleihe in so großem Volumen, dass während der Periode des Defizitabbaus über einen Zeitraum von etwa 3 bis 4 Jahren der Staatshaushalt ohne Banknotendruck finanziert werden konnte.

Bei der Umsetzung seines Stabilisierungskonzepts musste sich Schumpeter mit zwei Arten von Schwierigkeiten auseinandersetzen. Die eine bestand darin, dass nur wenige verstanden, wie das Konzept funktionieren sollte: von den Sozialdemokraten war dies Otto Bauer. Renner war nach eigener Aussage als Staatskanzler so intensiv mit anderen Aufgaben (v.a. Friedensverhandlungen, Außenpolitik, Sozialpolitik) beschäftigt, dass er sich in die schwierige Materie offensichtlich nicht vertieft hat. Von den Christlichsozialen dürfte Seipel das Verständnis entwickelt haben, der aber damals noch nicht die Führungsrolle spielte.

Bedeutendere Hindernisse für die Umsetzung erwachsen daraus, dass die Akteure unterschiedliche Interessen und Ziele verfolgten, die ihnen wichtiger waren als die Stabilisierung. Die Sozialdemokraten hatten das Ziel der „Sozialisierung“, waren sich dabei weder untereinander einig noch im Klaren darüber, inwieweit Sozialisierung mit Schumpeters orthodoxer Finanzpolitik kompatibel wäre. Bauer war an einer solchen Kompatibilität durchaus interessiert, Schumpeter versucht ihm entgegenzukommen, aber bei der Vermögensabgabe wollte Bauer so viel wie nötig vom Erlös für die Sozialisierung verwenden, was mit Schumpeters Zielen inkompatibel war. Bauer steuerte auch in den ersten Monaten 1919 mit aller Kraft auf den Anschluss an Deutschland zu, was auch mit der

Vorstellung verbunden war, dass sich die Probleme dann im größeren Rahmen leichter würden lösen lassen. Später allerdings fand sich Bauer damit ab, dass Österreich seine Probleme zumindest vorerst alleine werde lösen müssen. Schumpeter war gegen den Anschluss und steuerte auf eine Lösung in der selbstständigen Verantwortung zu. Damit hatte er die realistischere Einschätzung, agierte aber gegen die offizielle Regierungslinie und verlor sich das Vertrauen Renners, auch wenn dieser nicht mehr an den Anschluss glaubte.

Die Christlichsozialen waren gegen die Sozialisierung und auch in ihrer Mehrheit wohl auch gegen den Anschluss, weshalb sich Schumpeter ihnen anschloss, weil er sich von dort die meiste Unterstützung erwartete. Die Zustimmung der Christlichsozialen zur Vermögensabgabe war aber nur politische Taktik, auf Zeitgewinn ausgelegt. Besonders die Bauernbündler hintertrieben die Vermögensabgabe mit allen Mitteln und waren bereit, ein Weiterlaufen der Inflation hinzunehmen, auch um den Preis der „totalen Verblutung“ (Schumpeters Ausdruck), wie sich ja bald zeigen sollte.

In dieser politischen Konstellation kämpfte Schumpeter um sein Stabilisierungskonzept. Da ihn in entscheidenden Punkten keine Partei unterstützte, auf sich allein gestellt.

Wechselwirkung zwischen Inflation, Budgetdefizit und Wechselkursverfall

Ein Vergleich mit der Situation nach dem 2. WK scheint nahezuliegen, führt aber in einem wesentlichen Punkt in die Irre: Trotz verschiedentlich partieller Preisstopps, die aber ineffektiv waren, stieg das Preisniveau stetig an und verdoppelte sich (annähernd) von Jahr zu Jahr bis 1918. Einen „Geldüberhang“ in der Form, wie er 1945 bestand, gab es 1918 zum Ende des 1. WK nicht (Kamitz, S. 168) „There was no demmed-up inflation, but an open one.“ (Butschek)

Die Entwicklung der Währungssituation

Gegenüber den neutralen Staaten (insbes. Schweiz, bis zum Kriegseintritt 23.5.1915 auch Italien, bis 27.8.1916 Rumänien) gab es Außenhandelsbeschränkungen, aber lange Zeit nur wenige Kapitalverkehrsbeschränkungen. Eine „Devisenzentrale“ nach deutschem Vorbild bestand seit 1916, aber bis 1918 freie Möglichkeit des Erwerbs ausländischer Aktien und Effekten! Seit 1917 Devisenhandel durch Unternehmungen an staatliche Konzession gebunden, Ausfuhr von Kronennoten und Devisen (Wechsel und Schecks) verboten, von Republik übernommen.

Währungstrennung Februar 1919: Ö-U Bank fungiert als Notenbank der Republik, getrennter eigener Rechnungskreis.

Der Kursrückgang der Kronendevise in Zürich war bis zum (absehbaren) Ende der Monarchie mäßig, deutlich geringer als der Anstieg der Lebenshaltungskosten (Verbraucherpreise). Bis zum Ende der Monarchie hat sich der Kronenkurs in Relation zum sfr etwa verdreifacht, bis Juni 1919 verfünffacht, nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen rascher Verfall, im Dez. 1919 verzehnfacht. Bis Mitte 1920 war der Wechselkursverfall im Vergleich zur Friedensparität immer noch geringer als der Preisanstieg, erst danach drehte sich das Verhältnis rasch um.

Finanzminister Schumpeter bemühte sich um eine Stabilisierung des Wechselkurses. Seine Berater bzw. Beauftragten in dieser Angelegenheit waren der Bankier Richard Kola und Dr. Gottfried Kunwald. Wie Schumpeter in seinem späteren Schreiben (aus Anlass der Alpine-Angelegenheit) an Staatskanzler Renner darstellte, war die Effektivität der Devisenkontrolle durch die Devisenzentrale war gering. Neben den Zuteilungen von Devisen durch die Devisenzentrale gab es parallel einen mehr oder weniger tolerierten freien Handel mit Devisen. Es gab den „Schleichhandel“ im engeren Sinn, aber vor allem den Handel mit Devisen aus Exporterlösen am Inland vorbei auf den Plätzen Zürich und Amsterdam durch die Wiener Banken. Diese machte sich Schumpeter zum Feind, nicht nur, indem er den kleinen Privatbankier Kola mit der Kurspflege beauftragte, sondern indem diese Maßnahme den Banken auch das Geschäft verdarb.

Der Kronenkurs in Zürich unterlag zeitweise heftigen Schwankungen, Kola erbot sich, Kurspflege zu betreiben und erhielt auf Weisung Schumpeters vom Finanzministerium 50 Mio K zur streng geheim zu haltenden Beschaffung „schwarzer“ Devisen, mit denen er in Zürich die Krone stützte (fiktives Konto in Zürich).

Kola (S. 240ff) stellt seine Aktivitäten als ziemlich großen Erfolg dar. Ob dies zutrifft, ist angesichts der Entwicklung im Verlauf des Jahres 1919 sehr fraglich, allerdings muss man berücksichtigen, dass von der Bekanntgabe der Friedensbedingungen (Juni bis September) ein massiver Druck auf den Devisenkurs ausging. Von April bis Juni konnte der Kurs zwar annähernd konstant gehalten werde (Juni 1919: 18 Cent/K), danach setzte aber ein rasanter Verfall ein. Bis Oktober sank der Kurs auf 6 Cent/K, bis Jahresende auf 3 Cent/K. Während Schumpeters Amtszeit betrug der Kursverfall 75 Prozent. **Die Absicht, durch**

Wechselkursstabilisierung den Preisauftrieb zu bremsen, war gescheitert³. Der Staat hatte aber seinen Devisenbestand als „eiserne Reserve“ zur Nahrungsmittelbeschaffung im Ausland erhöhen können (Kola).

Tabelle Devisenkurse Schweizerfranken je Krone

	sfr/K
Jan 18	0,59
Feb 18	0,60
Mrz 18	0,60
Apr 18	0,60
Mai 18	0,60
Jun 18	0,51
Jul 18	0,43
Aug 18	0,40
Sep 18	0,39
Okt 18	0,42
Nov 18	0,40
Dez 18	0,32
Jan 19	0,31
Feb 19	0,29
Mrz 19	0,24
Apr 19	0,19
Mai 19	0,21
Jun 19	0,18
Jul 19	0,16
Aug 19	0,13
Sep 19	0,10
Okt 19	0,06
Nov 19	0,05
Dez 19	0,04
Jan 20	0,03
Feb 20	0,02
Mrz 20	0,03
Apr 20	0,03
Mai 20	0,03
Jun 20	0,04
Jul 20	0,04
Aug 20	0,03
Sep 20	0,02
Okt 20	0,02
Nov 20	0,01
Dez 20	0,01

³ Die große Bedeutung der Importe für die Entwicklung des inländischen Preisniveaus resultiert aus dem hohen Anteil der Warenimporte am Sozialprodukt von etwa 1/3.

Im ganzen Jahr 1919 betrug der Kursverfall fast 90 Prozent (von 32 Cent auf 3 Cent), deutlich stärker als der innere Kaufkraftverfall von ca. 50 Prozent.

Bemerkenswerterweise kam es 1920 zu einer Kurserholung, im Juli stieg der Kurs auf fast 4 Cent/K, danach trat ein beschleunigter Fall ein.

Der Staatshaushalt

Das erste Budget der neuen Republik (Deutsch-)Österreich erbte Schumpeter von seinem Vorgänger Steinwender. Dieses war - ebenso wie der nachfolgende Haushaltsvoranschlag - unter extremen Bedingungen zu erstellen gewesen, z.B hatte man noch Hoffnung, den Anschluss an Deutschland unter Einbeziehung der deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens zu vollziehen. Es war nur für das erste Halbjahr 1919 erstellt. Es fehlte an wesentlichen Datengrundlagen für die Budgeterstellung, so musste etwa bei vielen Ausgaben- und Einnahmenpositionen von einem „Bevölkerungsschlüssel“ ausgegangen werden, d.h. das Erfordernis von (Rest-)Österreich mit 36 Prozent (+/-) des letzten Haushalts der Monarchie vorläufig angesetzt werden. (Schumpeter 1985, S. 313)

Schumpeters erster und einziger Haushaltsvoranschlag hatte eine Geltungsperiode von Juli 1919 bis Juni 1920. Durch die laufenden Friedensverhandlungen wurde mit der Einbringung in die Nationalversammlung bis Juni abgewartet, in seiner Rede vor der konst.

Nationalversammlung vom 4.Juli kündigte er die Einbringung in etwa zwei Wochen an und schildert mit beredten Worten die Schwierigkeiten der Erstellung. Der Voranschlag 1919/20 sah Ausgaben von 6,5 Mrd K, Einnahmen von 2,5 Mrd K vor. Er wurde sukzessive korrigiert durch 3 Nachtragshaushalte, die nicht mehr in Schumpeters Amtszeit fallen, mit denen die Ausgaben an die beschleunigte Inflation und an die neuerlichen Subventionserfordernisse für Lebensmittel auf 16,9 Mrd K erhöht werden mussten. Auch die Einnahmen stiegen im letzten Nachtrag auf 6,3 Mrd K.

Tabellen *Staatshaushalt 1918-1922*

	Voranschlag Mio K		Rechnungsabschluss Mio K	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1918/19 ⁴	4.043	1.339	3.669	3.086
1919 ⁵	16.873	6.295	17.772	13.567
1920 ⁶	70.601	29.483	133.336	95.411
1921 ⁷	49.496	24.075	218.762	78.036
1922			6.770.273	3.455.242

	Defizit in % der Ausgaben, RA
1918/19	16,4
1919	23,7
1920	28,4
1921	64,3
1922	49,0

Während im korrigierten Voranschlag das Defizit 60% der Ausgaben erreichte, waren die Zahlen des Rechnungsabschlusses weit weniger dramatisch: das Defizit erhöhte sich gegenüber dem Steinwender-Budget um 7,3%-Punkte auf 23,7% (der Ausgaben). Die Defizitfinanzierung erfolgte v.a. durch Schatzscheine, erworben von den Banken und eskontiert von der Ö-U. Bank (gegen Staatsnoten).

Richtig explodiert ist das Defizit erst 1921, was zur Hyperinflation führte.

Zur Struktur der Ausgaben:

Tabelle *Wichtigste Ausgabenpositionen 1919 und 1920*

Ausgaben	1919/20		1920/21	
		%		%
Gesamt	16.873		33.194	
Staatsschuld	1.763	10,4	5082	15,3
<i>Tilgung</i>			1867	5,6
Soziale Maßnahmen	8.136	48,4	14.949	45
<i>Lebensmittelsubventionen</i>	3.744	22,2	7.133	21,2
Beamtengehälter	2.500	15	8.931	26,9
Defizit der Staatbetriebe			2.868	8,6

⁴ Jä-Juni 1919

⁵ Juli 1919-Juni 1920

⁶ Juli 1920-Juni 1921

⁷ Juli-Dez 1921

Die mit Abstand größte Ausgabenposition waren „Soziale Maßnahmen“ mit fast der Hälfte der Gesamtausgaben, davon wieder fast die Hälfte Lebensmittelsubventionen (v.a. Brot, Mehl), dazu eine „Bekleidungsaktion“, eine „Invalidenaktion“, die Aufwendungen für die neu eingeführte Arbeitslosenunterstützung (1919: ca. 150.000). Schumpeter verteidigt die mehrmalige Erhöhung der Lebensmittelsubventionen „mit dem letzten Rest unserer Kraft“, auch wenn dies auf die Dauer nicht möglich ist (S. 316), und auch die Einführung einer von den Bauern zu zahlenden Brotumlage gegen die Opposition der bäuerlichen Abgeordneten. Die Subventionierung des Brotpreises war dadurch geboten, dass die Unruhe und der Radikalismus in der Arbeiterschaft besonders während der Zeit der Rätediktaturen in Bayern und Ungarn ihren Höhepunkt erreichte und jedes Risiko, einen Anlass für gewaltsame Revolten und Aufstandsbewegungen zu bieten, vermieden werden musste (vgl. 4.Lohn-Preisabkommen und Oktoberstreiks 1950!)

Kasten Lebensmittelrationierung

Lebensmittelrationierung nachhinkend zu Deutschland eingeführt: Brotkarten, Mehrationierung und „fleischlose Tage“ 1915, 1916 ausgedehnt auf Zucker, Kaffee, Fett, u.a., Amt für Volksernährung eingerichtet, Milch und Kartoffel, Kleidungsstücke 1917, Fleischkarten 1918 (HKB 1914-1918), Aufhebung der Rationierung sukzessive, zuerts Kartoffel und Fleisch (1920), Mehl und Fett 1922; freier Handel und Abgabe der rationierten Mengen parallel an abwechselnden Tagen (Arlt in Bunzel, Geldentwertung und Stabilisierung).

Auch die Aufwendungen für beamtengehälter und Beamtenpensionen (260.000 Beamte, 95.000 Pensionisten) waren viel höher als die Aufwendungen für die Verzinsung der Staatsschuld (alt und neu!), die in beiden Haushaltsvoranschlägen rund 10% der Ausgaben beanspruchten. Stolper (S. 210) hat ganz recht, wenn er schon 1919 – gegen Schumpeter – betonte, der Staatsschuldendienst sei nicht das Hauptproblem der Staatsfinanzen.

Die Friedensbedingungen des Vertrags von Saint Germain

Der Staatsvertrag von Saint Germain sah Reparationsverpflichtungen für Österreich vor, die in ihrer Höhe von einer Reparationskommission festgesetzt werden sollten. Vorbeugend wurde ein Pfandrecht auf alle österreichischen Vermögenswerte statuiert, das anfänglich zu großer Unsicherheit führte. Kola legte deswegen das Devisenkonto des Staates in Zürich auf

den fiktiven Amerikaner „Henry Smith“ an, um das Geld vor einem allf. Zugriff der Siegermächte zu schützen. Vorgesehen war u.a. auch die Auslieferung eines beträchtlichen Teils des ohnehin schwachen Viehbestandes, was sich als undurchführbar erweisen sollte. Reparationsverpflichtungen waren letztendlich keine nennenswerte Belastung.

Bei der Staatsschuld wurde unterschieden zwischen Vorkriegsschuld, Kriegsschuld (bis 27.10.1918) und späteren Schulden. Die meisten Kriegsanleihen waren mit 5 ½ % verzinst und hatten eine 40jährige Laufzeit.

Tabelle *Staatsschulden der Österreichischen Reichshälfte zu Kriegsende*

	Millionen K
Vorkriegsschuld („nicht fundierte“)	7.400
Kriegsanleihen	35.069
Finanzierungen durch die Ö-U Bank	25.060
Insgesamt	67.529

Von diesen Schulden sollte ein Anteil von 36,827% zur Verzinsung und Tilgung auf Österreich entfallen (41,7% auf die Tschechoslowakei). Von der Vorkriegsschuld waren Fremdwährungs- und Goldschulden in derselben Form zu bedienen, Papierkronenschulden zum Kurs der jeweiligen Landeswährung zum Stichtag der Währungstrennung. Diese Bestimmung war eine empfindliche Belastung, die schon bei ihrem Bekanntwerden den Verfall des Kronenkurses beschleunigte. Diese Bestimmung wurde jedoch später revidiert und erheblich gemildert. Bei der Kriegsschuld wurde die neue Republik Österreich Schuldner gegenüber allen Bewohnern ihres Staatsgebietes (wie auch bei den anderen Nachfolgestaaten) und gegenüber dem „Altausland“.

Bei der Regelung der privaten finanziellen Verhältnisse sah der erste Entwurf der Friedensbedingungen die Enteignung alles österreichischen Eigentums in den Nachfolgestaaten vor, wobei obendrein noch der österreichische Staat die Eigentümer hätte entschädigen sollen. Diese „karthagische“ Bestimmung wurde aber faktisch zurückgenommen, da sie nur noch für das Altausland gelten sollte. Die alten Eigentumsverhältnisse bestanden auch nach dem Zerfall der Monarchie. In der Zeit der Unsicherheit zwischen Entwurf und endgültigem Vertragstext hatten Verkäufe und

Kapitalbewegungen ins Ausland stattgefunden, um durch die Hereinnahme echter oder fiktiver ausländischer Eigentümer das Eigentum vor der Enteignung zu bewahren.

Bei den Unternehmungen kam es zu „Nostrifizierungen“. Im Neuausland gelegene Tochterbetriebe wurde in eigene Kapitalgesellschaften umgewandelt, wobei die österreichische Muttergesellschaft die Eigentumsanteile behielt.

Schon lange vor Bekanntwerden der finanziellen Friedensbedingungen war klar geworden, dass Österreich der Anschluss an Deutschland untersagt wird. Bauer musste deshalb als Außenminister zurücktreten, in diesem Punkt hatte Schumpeter recht behalten. Schumpeter sah jedoch seine Konzeption der Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft tödlich getroffen durch die im ursprünglichen Entwurf vorgesehenen Enteignung des österreichischen Besitzes in den Nachfolgestaaten. Im Juni 1919 betrachtete er die Situation als aussichtslos, nicht nur wegen des Kapitalverlustes, sondern auch wegen der für die Bedienung der Schulden festgelegten Umrechnungskurse.

Nicht zuletzt wegen der Unbekanntheit bzw. später Unsicherheit der Friedensbedingungen war die Einbringung der Vermögensabgabe, zu der sich die Regierung in ihrer Gesamtheit kommittiert hatte, immer wieder hinausgeschoben worden. Am 10.9. 1919 wurde der Vertrag von Saint Germain, den Österreich immer als „Staatsvertrag“ angesehen hat (da es sich wie die anderen Nachfolgestaaten als nicht im Krieg mit der Entente erklärt hatte), durch den Staatskanzler unterzeichnet. Auf dieser Grundlage erstellte Schumpeter nun seinen „Finanzplan“.

Schumpeter und die Anschlussfrage

„Anschluss“ ist ein anrühiges Wort, das Bestreben danach wird mit Nationalsozialismus assoziiert. Das war allerdings 1918 ganz anders, worauf auch W. Stolper ausdrücklich hinweist⁸. Bei der Gründung der Republik Österreich wurden große Hoffnungen gesetzt in Präsident Wilsons „14 Punkte“, insbesondere in das dort proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn die Habsburgermonarchie aufgehört hatte zu bestehen, war es in den Augen breiter Bevölkerungskreise naheliegend, sich wieder dem größeren Verband des Deutschen Reiches, dem Österreich bis 1866 angehört hatte, anzuschließen. Dazu kam, dass das Kriegsende nach den entbehrensreichen letzten Kriegsmonaten keine Erleichterung in der Lebenshaltung der Bevölkerung gebracht, sondern

⁸ Sein Vater Gustav Stolper und der von ihm mit-herausgegebene *Österreichische Volkswirt* traten vehement für einen Anschluss an Deutschland ein.

die Lage sich sogar bedeutend verschlechtert hatte und aus diesem Grund das Schutzbedürfnis zugenommen hatte.

Der Anschluss an Deutschland war bis zur Machtergreifung Hitlers eine Forderung des Parteiprogramms der Sozialdemokraten. Die meisten Sozialdemokraten waren „großdeutsch“ gesinnt. Bekannt ist der Ausspruch Friedrich Adlers, mit dem er sich noch in den 50er-Jahren zu dieser Haltung bekannte.

Schumpeter war loyal zum Regierungsprogramm bei Sozialisierung und bei den Budgetprioritäten (Lebensmittelsubventionen, Vermögensabgabe), aber er war gegen den Anschluss und agierte auch dagegen. Sein in Vorträgen und Presseinterviews offen zur Schau getragener Optimismus bezüglich der Existenzmöglichkeit eines selbstständigen Kleinstaats Österreich wurde bei der Pariser Friedensverhandlungen der österreichischen Delegation entgegengehalten, die mit dem Argument der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit versuchte, das (Selbstbestimmungs-)Recht auf Anschluss an Deutschland, das ja von der Nationalversammlung fast einstimmig beschlossen war, zu verteidigen. Schumpeters persönliches Vertrauensverhältnis zu Staatskanzler Renner war dadurch gestört.

Schumpeter hatte ein Konzept für die Lebensfähigkeit Österreichs, es gab nur wenige, die seinen Optimismus teilten (v.a. Friedrich Hertz). Die Lebensfähigkeit Österreichs sah er unter der Voraussetzung gegeben, dass Wien seine zentrale Stellung als Finanz- und Handelszentrum unter den Nachfolgestaaten beibehalten kann, also eine Art Fortsetzung der Habsburgermonarchie als gemeinsamer Wirtschaftsraum, auch bei Währungstrennung. Wien hat in der Monarchie als „kommerzielles und finanzielles Zentrum einer großen ökonomischen Einheit“ fungiert. „Es lebte von den Dividenden und Schuldzinsen, die aus allen Teilen der Monarchie einströmten, von Emissions- und Handelsgewinnen, von Bank- und Handelsprovisionen.“ Mit dem Zerfall der Monarchie wird Wien einen Teil dieser Funktionen (nicht nur die administrativen) verlieren, da die Nachfolgestaaten so viel wie möglich davon an sich ziehen wollen. „Aber weder Zollgrenzen noch Währungstrennungen vernichten die Basis der ehemaligen Position. Noch immer kennt der fremde Geldgeber nur die Wiener Bank, noch immer wendet sich der Balkankunde an den Wiener Händler.“ Zwar geht „täglich etwas von dieser Position verloren, aber noch ist das Fundament derselben da. Es zu erhalten, womöglich überhaupt, jedenfalls aber so, dass sein Zerbröckeln nur langsam stattfindet ... das ist die Aufgabe österreichischer Politik, die einzige, die ernst zu nehmen ist und neben der, von welchem Parteistandpunkt immer man die Dinge betrachten

mag, jede andere in den Hintergrund tritt.“ (Sozialistische Möglichkeiten, S. 505f)
Schumpeter trat deswegen vehement für möglichst viel Verkehrsfreiheit unter den Nachfolgestaaten ein - ein Gedanke, dem die Friedensverträge nicht abgeneigt waren. Wohl aber sollte sich bald zeigen, dass die Nachfolgestaaten stark auf Protektionismus setzten.

Gustav Stolper stellt die wirtschaftliche Funktion Wiens ganz ähnlich wie Schumpeter dar, aber er meint, dass eine solche Metropole ohne die Hauptstadtfunktion eines Großreichs sich nicht behaupten kann, die betr. Funktionen daher verkümmern müssen.

Hingegen schätzte Schumpeter die industrielle Kapazität Österreichs als gering und nicht tragfähig ein. In diesem Punkt stimmte er mit Gustav Stolpers Einschätzung überein, der nach einer detaillierten Branchenanalyse zum Ergebnis kam, Österreichs Wirtschaft sei nicht lebensfähig. Stolper, das auch Schumpeters „Finanzplan“ widersprach (siehe unten), sah die Lösung im Anschluss an Deutschland und im Übergang zu einem gildensozialistischen System nach dem Entwurf von Rathenaus *Neuer Wirtschaft*.

Zu den wenigen begründet argumentierenden Gegenstimmen zum herrschenden Pessimismus zählen Siegfried Strakosch und Friedrich Hertz. Letzterer zeigte anhand statistischer Zahlen auf, dass Österreich einen Industrialisierungsgrad erreicht hatte, der etwa jenem von Böhmen und Mähren durchaus entsprach.

Das Problem bestand in der engen Verflechtung der Industrien der Nachfolgestaaten, das alle diese Nachfolgestaaten teilten. Österreich hatte hier wahrscheinlich einen gewissen Nachteil darin, dass seine Struktur mehr intermediäre Produkte enthielt (z.B. in der Textilindustrie), und Produkte, die von öffentlicher Nachfrage abhängig waren (Bsp. Lokomotiven, Waggons).

Mit dem Anschlussverbot konnte Schumpeter sich leicht abfinden. Für die Sozialdemokraten und insbes. für Otto Bauer war dieses Verbot nicht zuletzt deswegen ein schwerer Rückschlag, als Sozialisierungsmaßnahmen in einem kleinstaatlichen Rahmen mit einer Wirtschaft mit hoher Außenhandelsverflechtung (Anteil der Importe am Sozialprodukt ca. ein Drittel) sich viel schwerer verwirklichen ließen.

Schumpeters Finanzplan

Auf der Grundlage der immer noch als extrem hart empfundenen, aber doch abgemilderten Friedenbedingungen schritt Schumpeter zur Erstellung eines Gesetzesentwurfes für die Vermögensabgabe sowie eine Finanzplanes zur definitiven Stabilisierung von Staatsfinanzen

und Währung. Von der Arbeiterzeitung noch am 10. Oktober wegen Untätigkeit kritisiert, hatte er diesen in einer geheimen Regierungssitzung bereits am 29. September 1919 präsentiert. Die Diskussion in der Regierung in geheimer Sitzung fand am 1. Oktober statt, die Einzelheiten der Vermögensabgabe waren in der Regierung bereits am 16. Juli besprochen worden.

Der Finanzplan geht von einem etwa 3 bis 4jahrigem Zeitraum zur Eliminierung des Haushaltsdefizits aus. Er enthält eine sehr grobe zahlenmäßige Vorschau auf die wahrscheinliche Ausgaben- und Einnahmenentwicklung und nennt und quantifiziert die Maßnahmen, die zum Haushaltsausgleich führen sollen. Als notwendig erachtet Schumpeter eine massive Erhöhung vor allem der indirekten Steuern (Umsatzsteuer) und Verbrauchsabgaben („Beitrag des kleinen Mannes zur Budgetsanierung“, ohne den diese nicht stattfinden kann), aber auch Erhöhungen bei den direkten Steuern. Der Aufwand für Beamtengehälter wird trotz Personalreduktion steigen müssen, da eine Abgeltung der Inflation unabdingbar ist. Auch soll der Staat durch „sozialpolitische Vorkehrungen“ darauf hinwirken, dass die Arbeiterlöhne an die durch die höheren Steuern bewirkten Preiserhöhungen angepasst werden.

Als Kernstück des Finanzplans stellt Schumpeter die Vermögensabgabe dar, wobei allerdings gleichzeitig betont wird, dass die „Abburdung der Kriegsschuld“ auf die Rentiers bereits weitgehend durch die Inflation faktisch erfolgt ist. Dennoch wird die Vermögensabgabe als im Interesse der sozialen Gerechtigkeit unabdingbar dargestellt. Ihr Beitrag zur Erhöhung der Staatseinnahmen ist aber vergleichsweise gering, nur wenig mehr als 10 Prozent der Mehreinnahmen aus der Erhöhung anderer Steuern. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Vermögensabgabe als „Einmaleffekt“ ohnehin zur dauerhaften Eliminierung des Defizits wenig geeignet ist.

Die wirkliche Funktion der Vermögensabgabe ist eine andere: nämlich Druck auszuüben auf die Unternehmungen und die großen Vermögensbesitzer, dem Staat Fremdwährungskredit zu gewähren. Denn „dem Staate Deutschösterreich will und kann im Auslande heute niemand leihen. Unerschutert aber steht der Kredit seiner alten Firmen, seiner angesehenen Bürger, seiner eingeführten Institute. .. Er ist das Letzte. Dieses Letzte muss uns helfen.“ (Aufsätze, S. 348) Darauf zielt die wichtigste Form, in der diese Abgabe – neben anderen Varianten – eingehoben werden soll. Jener Teil des Vermögens soll von der Abgabe befreit werden, den der Steuerpflichtige in Fremdwährung auf eine 2 1/2%ige Anleihe des Staates zur Verfügung

stellt. (Reden, S. 322) Durch diese Anleihe und andere Fundierungen für Fremdwährungsanleihen soll der Staat in den Besitz der notwendigen Valuten und Devisen (Ziel 1 Mrd Schweizerfranken) gelangen, mit denen er den Wechselkurs vor weiterem Verfall aufhält und das während der Budgetsanierungsperiode noch auftretende Defizit (und zusätzlich auch das Leistungsbilanzdefizit) finanziert, sodass es zu keiner neuen Papiergeldemission mehr kommt. Nicht ausgesprochen wird dabei, worin es in der Hauptsache geht: durch die Vermögensabgabe Druck auf die Rückführung von (legal oder illegal) im Ausland gehaltenen Vermögen auszuüben (Klartext Otto Bauer in der Diskussion am 1. Oktober, Reden S. 327). Auch die kleineren und mittleren Vermögen müssen Vermögensabgabe zahlen, im Gewerbe, in der Landwirtschaft, höhere Belastungen für den großen Land und insbes. Forstbesitz, aber das ist von weit geringerer Bedeutung.

Das Protokoll der Diskussion im Kabinett unter Renners Vorsitz zeigt klar, dass fast alle Teilnehmer verständnismäßig und/oder emotional überfordert waren. Es ist nicht bekannt, ob nur auf der Grundlage des mündlichen Vortrags vom 29.9. diskutiert wurde, aber von einer schriftlichen Grundlage ist nichts bekannt. Die gedruckte Version unterscheidet sich nicht unwesentlich vom mündlichen Vortrag und wurde erst nachträglich von der Staatsdruckerei publiziert. Bei der Fülle von Einzelheiten, mit der Schumpeter seinen Plan ausstattete, war es auch für den Fachökonom sehr schwer, sich in der Kürze ein Urteil zu bilden. Nur Bauer durchschaute die Funktionsweise der Vermögensabgabe als Devisenbeschaffer und hielt die Verzinsung für zu gering, um einen Anreiz zu bieten. Er stimmte Schumpeter in der Absicht zu, auch in der Feststellung, dass mit der Geldentwertung die eigentliche Vermögensabgabe bereits umgesetzt sei. Aber er machte dann wieder eine Kehrtwendung, indem er Schumpeter widersprach in dem Punkt, den Wechselkurs $1K=0,1$ Sfr als gegeben hinzunehmen, plädierte für Anstrengungen, den Wechselkurs wieder auf 0,15 zu erhöhen, was der inneren Kaufkraft besser entspreche, und damit die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik zu stärken, was zu einem Zufluss an Devisen führen werde und die Basis für einen gewissen Staatskredit im Ausland schaffen werde. Er hielt die steuerpolitischen Maßnahmen Schumpeters zwar für notwendig, aber politisch nicht machbar. Er plädierte zusätzlich für ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Bauern und für eine Leistung der Vermögensteuer auch in Gratisaktien als Einstieg in die Sozialisierung. Mehr nebenbei wies Bauer auf das Risiko hin, dass Österreich möglicherweise Reparationen zahlen müssen und z.B. Italien auf Fremdwährungsbestände die Hand legen könnte.

Wenn Schumpeter unter der Druck der Realität den Gedanken aufgegeben hatte, der noch der Version des Planes in der *Krise des Steuerstaates* zu Grunde lag, nämlich so weit wie möglich den ursprünglichen Wert des Geldes wiederherzustellen, vermochten ihm die meisten Kollegen in der Regierung in diesem Punkt nicht zu folgen. Renner, der als erster Redner das Wort genommen hatte, wollte sich keinesfalls mit dem niedrigen Wechselkurs abfinden, der seiner Ansicht nach weit unter der inneren Kaufkraft der Krone lag. Ihm widerstrebte als stark juristisch denkendem Politiker die Hinnahme der Entwertung und ihrer positiven Seite, der Enteignung der Rentiers. Spätere Redner (Hanusch) argumentierten, dass die Entwertung der Krieganleihen auch die Sozialkassen und über die Banken auch viele kleine Sparer treffe, und nicht nur die Reichen. Für Resch war es ein Widerspruch, den Kronenkurs von 0,1 als Faktum hinzunehmen und dennoch den Staatsbankrott verhindern zu wollen.

Landwirtschaftsminister Stöckler äußerte Sympathie für Bauers „Mittelweg“ und für möglichste Schonung der Landwirtschaft. Auch andere widersprachen der Hinnahme des niedrigen Kronenkurses als Faktum, aber ohne eine Begründung zu geben. Renner konstatierte in seinem Schlusswort eine „beträchtliche Annäherung“ der Positionen, andererseits aber stellte er fest, dass die Regierung diesen Finanzplan nicht vor der Bevölkerung vertreten könne, bzw. dass die notwendigen Argumente erst gefunden werden müssten, und vertagte die Diskussion.

In der Diskussion muss Schumpeter klar geworden sein, dass er nicht zum Ziel kommen würde. Es nützte ihm wenig, dass er mit seinem Realismus beim Wechselkurs im Recht war, dass der innere Kaufkraftverfall im Oktober schon so groß war wie die Abwertung (siehe Kernbauer, Graphik), dass daher Bauers „mittlerer Weg“ unrealistisch war, weil jegliche Mittel fehlten, den Kronenkurs auf 15 Centimes anzuheben – diese Regierung würde ein solches Maßnahmenpaket nicht beschließen, von einer Diskussion im Parlament ganz abgesehen. Die weitere Entwicklung des Wechselkurses, der im Dezember bereits unter 4 Centimes stand, zeigt, wer der größere Realist war. Aus unterschiedlichen Gründen, wegen unterschiedlicher Prioritäten waren die Politiker nicht dazu in der Lage und/oder willens, den Kern des Problems und den Ernst der Lage zu erkennen. Erst eine weitere Verschärfung zwang sie zum Handeln.

Ob Schumpeters Einschätzungen richtig bzw. realistisch genug waren, wurde bezweifelt. Gustav Stolper hielt einen Finanzplan als Ansatz für eine Gesamtstabilisierung der österreichischen Wirtschaft für zu kurz gegriffen, da die Strukturen sich gegenüber der Vorkriegszeit zu stark geändert hätten (Einkommensverteilung, Konsum- und

Produktionsstruktur passen nicht mehr zueinander, chronisches Leistungsbilanzdefizit, dauerhafter Staatseinfluss auf Verteilung und Produktion), als dass eine „Rückkehr zur Normalität“, wie sie Schumpeters orthodoxer Ansatz anstrebte, gar nicht möglich sei – er plädierte für eine neue Ordnung.

Walther Federn (März, Bankpolitik, S. 169) meinte, dass die österreichischen Unternehmungen (einschließlich der Banken) im Ausland nicht so viel Kredit genießen, um die angepeilte Summe von 1 Mrd Sfr aufzubringen, die Bauer für zu niedrig hielt. Schumpeter meinte, wenn die erste Milliarde einmal da ist, käme ein zweite und dritte von selbst. Im Rückblick erscheint es wenig plausibel, dass Ende 1919 eine Lösung aus eigener Kraft möglich gewesen wäre, nicht nur im Hinblick auf die Lage in Österreich, sondern auch auf die wirtschaftliche Situation Europas. Ohne finanzielle Hilfe von außen konnte eine Stabilisierung nicht gelingen. Erstmals ventilierte die Reparationskommission im Jänner 1921 die Gewährung eines Beistandskredits von 250 Mio US\$ (unter strengen Auflagen), der jedoch nicht zustande kam. Der Rest ist bekannt.

Nicht das Scheitern des Finanzplanes löste den Rücktritt Schumpeters aus, sondern die von Bauer auch in der Diskussion des Finanzplans vorgebrachte Kritik an seinem Verhalten in der Frage der Alpine-Aktien.

Schumpeter und die Sozialisierung

In Karl Auschs früher viel zitiertem Buch *Als die Banken fielen* (1968) heißt es, dass Finanzminister Schumpeter ein großes Aktienpaket der Alpine Montan Gesellschaft „aus Staatsbesitz“ an eine italienische Finanzgruppe unter Führung Castiglioni verkauft habe (S. 131). Behauptungen und Unterstellungen dieser Art, gegen die sich Schumpeter zu Lebzeiten immer entscheiden gewährt hat, lassen ihn als Zerstörer des Sozialisierungswerks und „Verräter“ am nationalen Interesse Österreichs erscheinen. Abgesehen von der Frage, ob es ohne diese Transaktionen wirklich zu einer Verstaatlichung der Alpine gekommen wäre, welche nur mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien möglich gewesen wäre, entsprechen Behauptungen von Ausch (und ähnliche) nicht der Wahrheit. Der Staat hatte gar keine Alpine-Aktien⁹, diese wurden an der Wiener Börse vom Bankhaus Kola im Auftrag einer italienischen Finanzgruppe nach und nach gekauft, wobei der Käufer zunächst nicht bekannt wurde. Nach Schumpeters Darstellung erlangte er Kenntnis von der Transaktion, als Kola dem Staat die (dringend benötigten) Lire-Devisen des Verkaufserlöses zur Verfügung stellte,

⁹ Der größte Einzelbesitzer von Alpine-Aktien war die Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft.

was sich noch mehrfach wiederholte. Schumpeter ersuchte Kola, von weiteren Transaktionen Abstand zu nehmen, da ein Verkauf des größten und wichtigsten Industrieunternehmens ans Ausland Österreich schaden und die Regierungspolitik durchkreuzen würde. In Kolas Erinnerungen werden Schumpeters Vorhaltungen bzw. Proteste nicht erwähnt. Da bei diesen Gesprächen niemand dabei war, ist über ihre Eindringlichkeit nichts Genaueres zu erfahren. Als die Transaktion öffentlich bekannt wurde, erhob die Arbeiterzeitung schwere Anschuldigungen gegen Schumpeter. Dieser suchte unter Darlegung des Sachverhalts in einem privaten Schreiben die Unterstützung von Staatskanzler Renner. Darin argumentiert er durchaus plausibel, dass die Transaktion nicht gegen Gesetze der Republik verstoße und er sie daher nicht verbieten konnte. Es hätte nur die Möglichkeit gegeben, in der Öffentlichkeit Alarm zu schlagen und dadurch auf Kola Druck auszuüben. Das war jedoch deshalb unmöglich, weil Kola im geheimen Auftrag des Finanzministeriums Stützungskäufe zur Stabilisierung des Kronenkurses durchführte, was dadurch ans Licht der Öffentlichkeit gelangt wäre.

Die auf Betreiben Bauers im Kabinettskreis eingeleitete Untersuchung des Vorganges kulminierte in einer geheimen Kabinettsitzung am 14. Oktober 1919, in der Kola als Zeuge aussagte. Schumpeter wurde von allen rechtlich relevanten Vorwürfen entlastet und vollständig rehabilitiert. Bauer hielt in seinem Buch *Die österreichische Revolution* an dem politischen Vorwurf fest, dass Schumpeter die Transaktion „unterstützte“ (S. 178), was ja bei dessen öffentlich geäußelter Skepsis gegenüber den Möglichkeiten einer Sozialisierung im Nachkriegsösterreich nur konsequent gewesen wäre. Schumpeter hat aber eine „Unterstützung“ immer in Abrede gestellt. Wenn sich ein Vorwurf aufrechterhalten lässt, so ist es der des passiven Gewährenlassens. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass Schumpeter sich wegen der doppelten Rolle Kolas als Beauftragter der Republik und der italienischen Finanzgruppe in einer Zwangslage befand.

War Schumpeter ein Gegner der Sozialisierung? Immerhin war er von Jänner bis März 1919 Mitglied der deutschen Sozialisierungskommission und hat deren Empfehlungen zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus mitgetragen. Im Bericht dieser Sozialisierungskommission wurde scharf zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung unterschieden. Der Staat als bürokratische Organisation sei ein schlechter Eigentümer und deshalb für diese Rolle nicht geeignet. Stattdessen wird die „Sozialisierung“ empfohlen, d.h. Übertragung aller privaten und staatlichen Kohlenbergwerke „an eine große gemeinwirtschaftliche Kohlenorganisation, deren Geschäfte durch Arbeiter, Betriebsleitung

und Allgemeinheit geführt werden.“ Diese Organisationsform ist geeignet, dass „der Initiative der Leitung, der Arbeitsfreudigkeit aller im Betrieb Tätigen der weiteste Spielraum gegeben wird.“ (Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, S. 14) Das Modell der Kommission deckte sich weitgehend mit dem Sozialisierungskonzept Otto Bauers in seiner Broschüre *Der Weg zum Sozialismus* (1918).

Kurz nach seinem Amtsantritt stellte Schumpeter in einem Interview mit der Neuen Freien Presse klar: „Wir werden tief in die Privatwirtschaft eingreifen müssen. ... wir müssen [in der Frage der Sozialisierung] so weit gehen, dass sozusagen links von uns nichts mehr möglich ist. Soweit aber nicht sozialisiert wird, müssen wir der Wirtschaft volle Freiheit lassen. Zwei Möglichkeiten gibt es für den Wiederaufbau: freie Entwicklung des Unternehmers oder Sozialismus. ... Ich muss den Satz vertreten, dass das Schwanken zwischen beiden Grundsätzen etwas Unhaltbares wäre.“ (Politische Reden, S. 96) Dieses Schwanken, das allerdings eine Folge des von Bauer sog. „Gleichgewichts der Klassenkräfte“, bzw. der faktischen Patt-Stellung in der Regierung war, hielt Schumpeter für das größte Problem, da es die auch sonst beträchtliche Unsicherheit der Entscheidungssituation von Unternehmungen und Eigentümern noch erhöhte. Er drängte zu wiederholten Malen auf solche Entscheidungen der Regierung. Wenn Schumpeter auf die Nachteile der Sozialisierung für den Wiederaufbau hinwies, so sagte er dazu, dass dies nicht an sich gegen die Sozialisierung spreche – man sollte sich nur darüber im Klaren sein. Hinter diesen Aussagen steht eine differenzierte Sicht der Sozialisierungsfrage, die Schumpeter erst nach seinem Rücktritt in seinem Aufsatz *Sozialistische Möglichkeiten von heute* (1920) darlegte.

„Wirkliche Sozialisierung“ – im Unterschied zum in der politischen Debatte gedankenlos verwendeten Begriff – bedeutet „Sozialisierung im Sinne des Hinüberleitens einer Volkswirtschaft, die auf Privateigentum und Privatinitiative beruht, in eine sozialistische Volkswirtschaft“ mit zentraler, planmäßiger Verfügung über die Produktionsmittel und Verteilung der Produkte. Als politische Aktion kann Sozialisierung nur Erfolg haben, „wenn ein historischer, automatischer, in den Dingen selbst liegender Sozialisierung schon eingesetzt hat“ (S. 458f). Schumpeters Skizze der „Entwicklung zum Sozialismus“ enthält die wesentlichen Elemente der Argumentation des zweiten Teiles von *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* in Kurzform. Die Entwicklung zum Sozialismus ist einerseits eine kontinuierliche, andererseits sind dazu konkrete politische Umsetzungsakte notwendig, um den Prozess voranzutreiben. Was die geeigneten Zeitpunkte sind, ist dabei nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch bestimmt. Technisch möglich wird Sozialisierung „von

der Epoche an, in welcher der Groß-, der Mammutbetrieb auftrat, in welcher der Rationalisierungsprozess der Volkswirtschaft allgemein in Fluss kam.“ (S. 482f). Voller Erfolg ist der Sozialisierung nur beschieden, wenn ein Unternehmen nach Wegfall der privaten Unternehmerinitiative so weiter läuft wie zuvor, sich nur die Rechtsform ändert. Wenn dies nicht der Fall ist, handelt es sich um „vorzeitige Sozialisierung“, die in einer bestimmten Konstellation möglich geworden ist. „Vorzeitig“ heißt nicht, dass sie scheitern muss. Technisch ist die nächstliegende Methode der Sozialisierung die Verstaatlichung oder Kommunalisierung. Damit diese als echte „Sozialisierung“ gelten können, muss sich Verstaatlichung „auf einen so großen Kreis von Objekten beziehen, dass der Gesamtcharakter der Volkswirtschaft dadurch verändert wird“ (S. 485). Das kann durch die eine ganze Branche betreffende Aktion geschehen, oder durch Sozialisierung des Bankwesens. Dieser Sektor ist in vieler Hinsicht ein Beispiel für Sozialisierungsreife, gleichzeitig bringt die Bankensozialisierung unter österreichischen oder deutschen Verhältnissen mit sich, dass der Staat Kontrolle oder maßgeblichen Einfluss auf die Industriebeteiligungen der Banken erlangt. Eine andere Methode ist die Fortführung der kriegswirtschaftlichen Zwangsorganisationen, die jedoch mit gravierenden Nachteilen verbunden ist.

Keinesfalls ist die Sozialisierung eine überlegene Vorgangsweise für die Bewältigung der Aufgaben des Wiederaufbaus nach dem Krieg, im Gegenteil: „Niemals ist die private Initiative, ist die Methode der kapitalistischen Wirtschaft so unentbehrlich wie bei und nach einem Zusammenbruch, ... ist das spezifische Ingenium und das spezifische Motiv des Kaufmanns so notwendig als in einem Augenblick, wo es sich darum handelt, mit äußerster spezialisiertester Energie jedem Schatten einer Chance nachzulaufen, jede momentane Situation zu benützen, jeden Augenblick entschlossen bereit zu sein.“ (S. 498)

Bezogen auf die konkrete Situation in Deutschland und in Österreich stellte Schumpeter fest, dass es sich jedenfalls um „vorzeitige“ Sozialisierung¹⁰ handelt, was allerdings nicht bedeutet, dass sie nicht durchgeführt werden soll, aber der Preis ist langsamerer Wiederaufbau. In Deutschland sei der Konzentrationsprozess in Industrie und Bankenwelt sehr weit fortgeschritten, „unendlich viel organisatorische Arbeit ist in den letzten Jahrzehnten geleistet worden (Kartelle! G. Ch.), die als eine Vorbereitung zum Sozialismus wirken kann.“ (S. 501) Auch schaffen „die Gewohnheit (?? Gewöhnung) an organisiertes Handeln, insbesondere organisiertes Gehorchen“, die Staatsgläubigkeit des Bürgers günstige Bedingungen. (S. 502)

¹⁰ Im Unterschied zur „verfrühten“ Sozialisierung (S. 473), die zum Scheitern verurteilt ist - Schumpeter meint hier offensichtlich die Vorgänge in Russland.

In Österreich „liegt die Sache wesentlich ungünstiger“, da die essentielle Funktion Wiens im Rahmen der österreichischen Wirtschaft (siehe oben), was „eine rein kapitalistische Politik, eine Politik, wie sie seinerzeit in der Epoche des naivsten liberalen Kapitalismus communis opinio war“, erfordert. Das gelte für 1920, allerdings nicht für die Zeit des Zusammenbruchs. „Damals musste damit gerechnet werden, dass geordnete und gesetzmäßige Sozialisierung unvermeidlich und unter Umständen das geringere Übel wäre. Es wäre damals insbesondere die Vereinigung einer eingeschränkten Sozialisierungsaktion mit völlig freier Wirtschaft für alle nicht sozialisierten Gebilde möglich gewesen. Überhaupt sind ja freie Wirtschaft und Sozialisierung keine solchen Gegensätze, wie der Kleinbürger und der Intellektuelle immer glauben.“ (S. 506f)

Wozu Schumpeter in seiner Zeit als Finanzminister tatsächlich tendierte, ist aus diesen Sätzen schwer auszumachen. Es könnte aber durchaus so sein, dass er bereit gewesen wäre, rasch und energisch umgesetzte Verstaatlichungsaktionen mitzutragen, wenn dadurch klare Verhältnisse für die verbleibende Privatwirtschaft geschaffen worden wären. Mit einer solchen Rolle als „Sachwalter“ einer kompetent durchgeführten, begrenzten Sozialisierungspolitik war er aber beiden großen Parteien nicht geheuer. Den Christlichsozialen nicht, weil sie gegen die Sozialisierung waren, den Sozialdemokraten nicht, weil sie mehr Sozialisierung wollten, allerdings ohne ein wirkliches Konzept zu haben, und ohne Entscheidungsbereitschaft.

Schumpeter ist also mehrfach gescheitert: mit der Vermögensabgabe, mit seinem Finanzplan zur Stabilisierung von Budget und Währung, mit seinen Vorstellungen zur Sozialisierungspolitik. Man könnte auch sagen: mit seinen Positionen saß er zwischen allen Stühlen. Er erschien „der einen Seite zu radikal und der anderen Seite zu pragmatisch, zu eigenwillig und vielleicht auch zu anschlussfeindlich“. (März, Bankpolitik S. 344)

Was seine Position zusätzlich untergraben hat, war sein aufwändiger, vielfach als provokativ empfundener Lebensstil – das gehört aber nicht hierher.

Die Christlichsozialen waren offensichtlich längst entschlossen, Schumpeter durch Richard Reisch zu ersetzen. Die Sozialdemokraten betrachteten ihn nach der Alpine-Angelegenheit als Feind. Es scheint aber, dass sie sich dadurch, dass sie „auf die Mitarbeit eines Mannes [verzichteten], des als einziger unter seinen ‚bürgerlichen‘ Kollegen die Frage der Vermögensabgabe“ und der Stabilisierung „mit Sachkenntnis, gutem Willen und großem

sittlichen Ernst verfolgte“ (März, Schumpeter als Finanzminister S. 153), selbst einen großen Schaden zugefügt haben.

Nach seinem Abgang erhielt Schumpeter nicht, wie die in Zeiten der Monarchie üblich gewesen war, eine Pension, sondern eine Bankkonzession. Wie man weiß, hat sie ihm aber kein Glück gebracht.

„Schumpeter heute“

Drei Fragen: (i) Lebensfähigkeit, (ii) Wien, (iii) Sozialisierung

- (i) Schumpeters Geringschätzung der industriellen Kapazitäten Österreichs war nicht zutreffend. Aber unter einem protektionistischen Außenhandelsregime, wie es sich bald nach dem Krieg entwickelte, hatte ein kleines Land keine guten Entwicklungschancen, daher war Österreich nicht lebensunfähig, aber lebte mehr schlecht als recht.

Erst nach dem 2. WK wurde das anders. Die Entwicklung nach dem 2. WK hat gezeigt, dass Schumpeter nicht recht hatte, sondern Hertz, allerdings unter günstigeren Verhältnissen. Österreichs Wirtschaftsentwicklung war eine der besten unter den europäischen Ländern gerade durch die Entwicklung der industriellen Kapazitäten, aber unter ganz anderen Bedingungen, nämlich Westorientierung und zunehmende Handelsliberalisierung.

- (ii) Die Entwicklung in den ersten Jahren nach Schumpeters Rücktritt schien seiner Einschätzung Wiens als Herz und Motor der österreichischen Wirtschaft recht zu geben. Die Wiener Handelsleute und Bankiers hatten eine überlegene Kenntnis mit dem Umgang mit den vielfältigen Handelsbeschränkungen zwischen den Nachfolgestaaten, bzw. mit deren Umgehung. Auch wurde Wien zu einer Zentrale des Devisenhandels.

Die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg Wiens wurde auch genährt durch den spektakulären Boom der Wiener Börse, dem stärksten seit 1873. Nach der Stabilisierung kam es 1923 aber zum völligen Zusammenbruch der Kurse, der alle derartigen Hoffnungen zunichtemachte.

Immerhin blieb Wien ein bedeutendes Finanzzentrum durch seine Großbanken und durch seine Funktion als Sitz der Konzernzentralen der österreichischen Unternehmungen für ihre immer noch bedeutenden Beteiligungen in den Nachfolgestaaten. Dieses Imperium war jedoch auf Sand gebaut und krachte in

der Weltwirtschaftskrise mit dem Fall der Bodenkreditanstalt und dem nachfolgenden Fall der Kreditanstalt zusammen.

Nachträglich wurde Alexander Spitzmüllers Warnung bestätigt, „dass die Wiener Großbanken dem Wahne entsagen, sie könnten weiter ihre mitteleuropäische Position aufrechterhalten.“ (S. 332)

Das Gefahrenpotenzial, das in einer solchen Position liegt, hat sich sogar in der großen Finanzkrise 2008 neuerlich in ziemlich dramatischer Form gezeigt.

(iii) Verstaatlichung

Die Verstaatlichungen nach 1945, die Entwicklung der verstaatlichten Industrie (inkl. E-Wirtschaft) und der verstaatlichten Banken bestätigte bis in die 80er-Jahre Schumpeters Ansicht einer positiven Koexistenz, aber: seine Perspektive der Entwicklung zum Sozialismus bewahrheitete sich nicht.

Literatur

Ausch, Karl, Als die Banken fielen

Bauer, Otto, Die österreichische Revolution

Bericht der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer 1914-1918

Bunzel, Julius, Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich, Schriften des Vereins für Sozialpolitik Band 169

Butschek, Felix, Organization of War Economies – Austria

Gratz, Alois, *Die österreichische Finanzpolitik von 1848 bis 1948*, in H. Mayer (Hrsg.), 100 Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948

Hertz, Friedrich, *Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs*, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik Band 167/2. Teil

Kamitz, Reinhard, *Hundert Jahre österreichischer Geld- und Währungspolitik 1848-1948*, in H. Mayer (Hrsg.), 100 Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948

Kernbauer, Hans, Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit

Kola, Richard, Rückblick ins Gestrige

März, Eduard, Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923

März, Eduard, *Joseph A. Schumpeter als österreichischer Finanzminister*, in Joseph A. Schumpeter Forscher, Lehrer und Politiker

Pribram, Karl, Die Grundgedanken der Wirtschaftspolitik der Zukunft

Rathenau, Walther, Neue Wirtschaft

Schumpeter, Josef A., *Sozialistische Möglichkeiten von heute*, in Aufsätze zur ökonomischen Theorie

Schumpeter, Josef A., *Die Krise des Steuerstaats*, in: Aufsätze zur Soziologie

Schumpeter, Josef A., Aufsätze zur Wirtschaftspolitik

Schumpeter, Josef A., Politische Reden

Spitzmüller, Alexander, ...und hat auch Ursach

Stolper, Gustav, Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem

Stolper, Wolfgang, Josef Alois Schumpeter The Public Life of a Private Man

Strakosch, Siegfried, Der Selbstmord eines Volkes